

Kommt es zum Frieden in der Ukraine, könnte Ignazio Cassis zur Schlüsselfigur werden

OSZE-Vorsitz 2026 übernimmt der Schweizer Aussenminister die Leitung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Sollten in der Ukraine die Waffen ruhen, dürfte das Gremium – und damit die Schweiz – ein wichtiger Player werden.

Annalena Müller

Es sind schlechte Zeiten für internationale Organisationen. Das gilt auch für die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), deren Vorsitz die Schweiz 2026 übernimmt. Seit Jahren verfügt die OSZE über kein reguläres Budget. Die wöchentlichen Botschaftertreffen in Wien sind ein leeres Zeremoniell.

Das könnte sich bald ändern: Sollten die Bemühungen um einen Waffenstillstand in der Ukraine erfolgreich sein, könnte die OSZE ein Comeback feiern – und mit ihr die zuletzt eher wenig gefragten Guten Dienste der Schweiz.

OSZE ist ein Relikt der regelbasierten Ordnung

Die OSZE ist ein Dialog- und Friedensprojekt des Kalten Krieges. Gegründet wurde sie 1975 als Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Anstatt sich misstrauisch zu belauern, suchten die Blockgegner am Sitz in der Wiener Hofburg den Dialog. Die Schweiz spielte von Beginn an eine aktive Rolle. «In der KSZE überwand die Schweiz ihr isolationistisches Trauma nach dem Zweiten Weltkrieg und entwickelte erstmals eine aktive Aussenpolitik», sagt Sacha Zala, Direktor der Forschungsstelle Diplomatische Dokumente der Schweiz (Dodis). 2026 übernimmt die Eidgenossenschaft, nach 1996 und 2014, bereits zum dritten Mal den Vorsitz.

Heute sind 57 Staaten in der OSZE vertreten, darunter Russland, die Ukraine und die USA. Entscheidungen trifft die Staatengemeinschaft nach dem Konsensprinzip – theoretisch. Denn seit dem Einmarsch in die Ukraine 2022 blockieren sich Russland und Europa gegenseitig. Die OSZE ist seither nicht nur ohne Budget, sondern, Stand Dezember 2025, auch handlungs-

unfähig. Gespräche über einen Waffenstillstand in der Ukraine finden anderenorts statt. Die Bedeutungslosigkeit der OSZE demonstrierten die USA und Russland Anfang Monat. Zum jährlichen Ministerratstreffen schickten sie statt ihrer Außenminister nur Diplomaten aus der dritten Reihe.

Ist der Schweizer Vorsitz der OSZE also Zeit- und Geldverschwendung? Nein, sagt der frühere OSZE-Generalsekretär Thomas Greminger. Er glaubt an ein Comeback der Organisation, sollte es zu einem – wie auch immer gearteten – Waffenstillstand in der Ukraine kommen. «Die OSZE verfügt über alle Strukturen, die zum Monitoring eines Waffenstillstandes nötig sind,

idealerweise in Kooperation mit der UNO», so der Diplomat, der heute das Geneva Centre for Security Policy leitet.

1000 Kilometer langer Frontverlauf in der Ukraine

Unter Experten gilt die OSZE trotz Blockade weiterhin als naheliegende Wahl für ein Monitoring eines Waffenstillstands. Sie verfügt über ein erprobtes Netzwerk in Osteuropa sowie Erfahrung in heiklen Missionen, um die sich sonst niemand reißt.

Die Überwachung einer demilitarisierten Wirtschaftszone im Donbas oder des über 1000 Kilometer langen Frontverlaufs in der Ukraine wären genau solche Missionen. Hinzu kommt ihre Erfahrung in der Wahlbeobach-

tung: Nach einem Waffenstillstand stünden in der Ukraine Präsidentschaftswahlen an.

In Wien bereitet man sich darauf vor. Aus Diplomatentreisen heisst es, in der OSZE würden bereits mögliche Varianten durchgespielt. Auch Greminger glaubt: Wenn der politische Wille der Schlüsselakteure zurück ist, könnte die OSZE ihre Netzwerke schnell reaktivieren. Er verweist auf die Ukrainekrise im Jahr 2014. Auch damals hatte die Schweiz den Vorsitz inne. Nach der russischen Besetzung der Krim stellte die OSZE «innert drei Wochen die «Special Monitoring Mission» auf die Beine», erinnert sich Greminger, der damals die OSZE-Delegation des EDA leitete.

Fred Tanner, der 2014 als Schweizer Liaison-Officer bei der OSZE tätig war, äussert sich zurückhaltender. «Die Situation ist heute eine andere als 2014. Die OSZE steckt in einer tiefen Krise, die gegenwärtigen Friedensverhandlungen werden bi- oder trilateral geführt – und das recht chaotisch.» Gerade deshalb sei es wichtig, die OSZE mit ihren klaren Strukturen einzubeziehen. Das sei politisch schwierig. «Man muss alle 57 Mitgliedsstaaten überzeugen», sagt Tanner.

Die Diplomaten sind sich einig: Nach einem Waffenstillstand käme Aussenminister Ignazio Cassi eine zentrale Rolle zu. Als OSZE-Vorsitzender würde er die diplomatischen Aktivitäten koordinieren. Zunächst gälte es, die

einflussreichen US-Akteure zu überzeugen – allen voran den Sondergesandten Steve Witkoff sowie den Präsidentschwiegersohn Jared Kushner. Die gemeinsame Erklärung der Europäer nach dem Ukraine-Gipfel in Berlin stellt eine Überwachung des Waffenstillstands unter amerikanischer Führung in Aussicht. Es ist anzunehmen, dass die USA dieses komplexe Mandat mittelfristig auslagern würden – die OSZE wäre naheliegend.

Taskforce bereitet Präsidium von Bundesrat Cassis vor

Cassis müsste auch innerhalb der OSZE weibel, um die notwendige Einstimmigkeit für ein Missionsmandat der 57 Mitgliedsstaaten zu erreichen. «Hier ist viel diplomatisches Geschick gefragt», sagt der frühere Generalsekretär Greminger.

Für den Schweizer Aussenminister wäre es ein Knochenjob. Die Staaten der OSZE müssten Überwachungstechnologien wie Drohnen und Satelliten bereitstellen; Fachleute für den Einsatz vor Ort müssten rekrutiert und die Finanzierung durch die Mitgliedsstaaten gesichert werden.

Der oberste Schweizer Diplomat müsste dies allerdings nicht im Alleingang machen. Cassis könnte auf die Unterstützung des Schweizer OSZE-Missionschefs Raphael Nägeli in Wien und der EDA-Teams zählen.

Das Departement bestätigt, dass eine Taskforce «für die Koordination und Vorbereitung der Aufgaben im Zusammenhang mit dem OSZE-Vorsitz» eingerichtet wurde. Im «Tagesgespräch» mit SRF hat Cassis das Ziel seines Vorsitzes klar benannt: «Die OSZE soll auf Knopfdruck reagieren können, sollte ein Waffenstillstand entschieden werden.» Unter dem Schweizer Vorsitz könnte die OSZE auf die Weltbühne zurückkehren und mit ihr die Erkenntnis, dass die Guten Dienste auch im Zeitalter der Machtpolitik wichtig bleiben.